

## **Beschlussprotokoll gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**der 51. Sitzung des Landtages Brandenburg  
am Mittwoch, dem 15. November 2017**

Vor Eintritt in die Tagesordnung informierte die Präsidentin darüber, dass Herr Dr. Alexander Gauland mit Ablauf des 25. Oktober 2017 auf sein Mandat im Landtag Brandenburg verzichtet hat. Der Landeswahlleiter teilte mit, dass Herr Jan-Ulrich Weiß seit dem 26. Oktober 2017 Mitglied des Landtages Brandenburg ist. Er gehört der AfD-Fraktion an.

Des Weiteren informierte die Präsidentin darüber, dass die AfD-Fraktion am 7. November 2017 Neuwahlen des Fraktionsvorstandes durchgeführt hat. Herr Abgeordneter Andreas Kalbitz wurde als Fraktionsvorsitzender, Frau Abgeordnete Birgit Bessin und Herr Abgeordneter Thomas Jung wurden als stellvertretende Fraktionsvorsitzende gewählt. Zum Parlamentarischen Geschäftsführer wurde Herr Abgeordneter Andreas Galau gewählt.

Weiterhin informierte sie darüber, dass der Gesetzentwurf „Gesetz zur Funktionalreform 2020 im Land Brandenburg“ (Drucksache 6/6775), der Gesetzentwurf „Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze“ (Drucksache 6/6776) und der Gesetzentwurf „Gesetz zur Wiederherstellung der hergebrachten Amtszeitdauern für alle Landrätinnen und Landräte im Land Brandenburg“ (Drucksache 6/7579) durch die Urheber zurückgezogen worden sind. Damit hat sich auch der Änderungsantrag zum Kreisneugliederungsgesetz (Drucksache 6/6840) erledigt.

Der Landtag hat die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

### **TOP 1 - Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und Aussprache**

Die Regierungserklärung wurde durch den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Herrn Dr. Dietmar Woidke, abgegeben. Die Aussprache dazu hat stattgefunden.

### **TOP 2 - Fragestunde**

Drucksache 6/7595

vom 10.11.2017

Die Fragestunde hat stattgefunden. Die Mündlichen Anfragen 1057 und 1065 wurden durch die Landesregierung schriftlich beantwortet.

Datum der Ausgabe: 21.11.2017

### **TOP 3 - Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen**

Antrag der CDU-Fraktion sowie der Abgeordneten Christoph Schulze (fraktionslos), Iris Schülzke (fraktionslos) und Péter Vida (fraktionslos)

Drucksache 6/7581, Neudruck

vom 07.11.2017

Der Landtag lehnte den Antrag in namentlicher Abstimmung mit 34 Jastimmen, 46 Neinstimmen und 6 Stimmenthaltungen ab.

#### **Entschließungsantrag**

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/7616

vom 15.11.2017

Der Landtag nahm den Entschließungsantrag an.

#### **Entschließungsantrag**

der AfD-Fraktion

Drucksache 6/7618

vom 15.11.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

### **TOP 4 - Wirtschaftsfaktor Barrierefreiheit - Die Vorreiterrolle Brandenburgs im barrierefreien Tourismus weiter stärken**

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/7525

vom 20.10.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

#### **Entschließungsantrag**

der CDU-Fraktion

Drucksache 6/7614

vom 14.11.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

### **TOP 5 - Neustart statt Stillstand - Auflösung des Landtages und Neuwahlen für Brandenburg**

Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache 6/7582

vom 07.11.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

in Verbindung damit:

## **Auflösung des Landtages Brandenburg**

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/7583

vom 07.11.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

## **TOP 6 - Drittes Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/4520, Neudruck

vom 30.06.2016

2. Lesung

### **Änderungsantrag**

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7586

vom 07.11.2017

Der Landtag lehnte den Änderungsantrag ab.

### ***Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft***

Drucksache 6/7594

vom 09.11.2017

Der Landtag nahm die Beschlussempfehlung an und verabschiedete das Gesetz.

### **Entschließungsantrag**

der AfD-Fraktion

Drucksache 6/7619

vom 15.11.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

## **TOP 7 - Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/7312

vom 05.09.2017

2. Lesung

### ***Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Kommunales***

Drucksache 6/7596

vom 10.11.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

**TOP 8 - Brandenburgisches Gesetz zur finanzpolitischen Vorsorge für die steigenden Ausgaben der Beamtenversorgung**

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7514

vom 17.10.2017

1. Lesung

Der Landtag lehnte den Gesetzentwurf in 1. Lesung ab; damit hat sich der Gesetzentwurf erledigt.

**TOP 9 - Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Regelung der Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019**

Gesetzentwurf der CDU-Fraktion sowie der Abgeordneten Christoph Schulze (fraktionslos), Iris Schülzke (fraktionslos) und Péter Vida (fraktionslos)

Drucksache 6/7569, Neudruck

vom 02.11.2017

1. Lesung

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Inneres und Kommunales überwiesen.

**TOP 10 - Beschlüsse zu Petitionen**

Übersicht 10 des Petitionsausschusses gemäß § 12 des Petitionsgesetzes

Drucksache 6/7589

vom 13.11.2017

Der Landtag nahm die Übersicht 10 des Petitionsausschusses zur Kenntnis.

Britta Stark  
Die Präsidentin

# **Anlagen**

**zum Beschlussprotokoll 6/51**

**gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**der 51. Sitzung des Landtages Brandenburg**

## **Beschluss des Landtages Brandenburg**

### **Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 51. Sitzung am 15. November 2017 zum TOP 3 folgenden Beschluss gefasst:

#### **„Gleichwertige Lebensbedingungen in Brandenburg schaffen - Demokratische Teilhabe ausbauen!“**

Der Landtag beschließt:

Das Land Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt. Dennoch steht Brandenburg auch in Zukunft vor großen Herausforderungen. Der Landtag Brandenburg geht davon aus, dass ein starker handlungsfähiger Staat und starke handlungsfähige Kommunen wichtige Voraussetzungen sind, um die zukünftigen Herausforderungen für unser Land erfolgreich bewältigen zu können. Die angestrebte Verwaltungsstrukturreform war ein Instrument, um die kommunalen Verwaltungen zu modernisieren und landesweit dauerhaft leistungsfähig aufzustellen. Der lang bestehende Konsens zur Reformnotwendigkeit wurde aufgekündigt. Dabei drohte die polarisierte Debatte um diese langfristig vorbereitete Reform den Zusammenhalt im Land ernsthaft zu gefährden.

Es bleibt aber weiterhin die Aufgabe für alle politischen Verantwortungsträger in Brandenburg, für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land zu sorgen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Landkreise und kreisfreien Städte sind der Auffassung, dass dieses übergeordnete Ziel in den heutigen Gebietsstrukturen erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag, dass die Landesregierung ihre Gesetzentwürfe zur Kreisneugliederung und zur Funktionalreform zurückgezogen hat.

Daraus ergibt sich, dass

- das Leitbild zur Verwaltungsstrukturreform 2019 (Drucksache 6/4528-B) hiermit aufgehoben wird,
- die geplante Kreisgebietsreform einschließlich der Einkreisung von kreisfreien Städten nicht durchgeführt wird,
- die Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen durch eine vertiefte interkommunale Zusammenarbeit verbessert werden soll.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Vorschläge der Landkreise und kreisfreien Städte zur Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen im Land Brandenburg aufzugreifen und sie bei der Umsetzung zu unterstützen. Dazu sind folgende Angebote zu machen:
  - a) Die freiwillige Zusammenarbeit zwischen Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden und Ämtern wird durch Unterstützung gefördert.
  - b) Kommunen, die sich freiwillig zusammenschließen, sollen eine Förderung erhalten.
  - c) Die kreisfreien Städte können Unterstützung bei ihrer Entschuldung erhalten.
  - d) Die Aufgabenverteilung zwischen den Ebenen, insbesondere zwischen Landkreisen und Gemeinden, soll in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden weiter diskutiert werden.
  - e) Die landesweit bedeutsamen Kultureinrichtungen in den Oberzentren und in den Städten Senftenberg und Schwedt sollen finanziell besser gestellt werden;
2. zur Verbesserung der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Kreistagen und in den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte folgende Maßnahmen vorzubereiten und dem Landtag bis zum September 2018 vorzulegen:
  - a) Die Regelungen zur Verdienstausfallentschädigung sind zu überprüfen und anzupassen.
  - b) Die Mittel für die Finanzierung der Fraktionsarbeit sollen flexibler verwendet werden können.
  - c) Entsprechend der Bedarfe der Kreistage sollen die Qualifizierungsangebote für Kreistagsabgeordnete verbessert werden. Die kommunalpolitischen Vereinigungen sollen Möglichkeiten für eine stärkere Unterstützung der Arbeit der Kreistagsabgeordneten erhalten.
  - d) Die Kreistagsfraktionen sollen die Möglichkeit erhalten, mittels hauptamtlicher Mitarbeiter die Kreistagsabgeordneten besser zu unterstützen.
  - e) Die Aufwandsentschädigungen für Kreistagsabgeordnete sollen durch geeignete Maßnahmen landesweit vergleichbar gestaltet und den heutigen Bedingungen angepasst werden.
  - f) Die Mobilität der Kreistagsabgeordneten soll gestärkt werden.

- g) Um die Arbeit der Kreistagsmitglieder zu erleichtern, sollen die Landkreise Orientierungswerte für die Ausstattung der Kreistagsabgeordneten mit moderner IT-Technik erhalten.
  - h) Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene dafür ein, Steuererleichterungen für ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker einzuführen;
- 3. die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben, um Verwaltungsleistungen bürgernäher und effektiver erbringen zu können. Dafür ist ein E-Government-Gesetz ein zentrales Element. Bis April 2018 soll unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände ein entsprechender Entwurf vorgelegt werden;
  - 4. den kommunalen Finanzausgleich weiterzuentwickeln. Durch eine Weiterentwicklung des Soziallastenausgleichs sollen soziale Lasten stärker als bisher berücksichtigt und so ein besserer Ausgleich zwischen den Kommunen erzielt werden. Dazu soll die Verbundquote verbessert werden. Die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes ist noch in dieser Wahlperiode bis 2019 umzusetzen;
  - 5. mit den Gewerkschaften über eine Fortschreibung des Tarifvertrages über Maßnahmen zur Begleitung des Umbaus der Landesverwaltung Brandenburg (TV Umbau) zu verhandeln.

Der Landtag wird die Elemente der Bürgerbeteiligung ausbauen. Dazu soll zeitnah die Kommunalverfassung entsprechend dem Beschluss des Landtages (Drucksache 6/4621-B) geändert werden.“

Britta Stark  
Die Präsidentin



## **Beschluss des Landtages Brandenburg**

### **Wirtschaftsfaktor Barrierefreiheit - Die Vorreiterrolle Brandenburgs im barrierefreien Tourismus weiter stärken**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 51. Sitzung am 15. November 2017 zum TOP 4 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Tourismus in Brandenburg hat sich als bedeutender Wirtschaftsfaktor etabliert. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der barrierefreie Tourismus. Dieser ist seit vielen Jahren ein Querschnittsthema in der strategischen Marketingplanung Brandenburgs und Handlungsprinzip der aktuellen Landestourismuskonzeption. Barrierefreiheit ist seit 2002 ein zentrales Betätigungsfeld der Tourismusakademie Brandenburgs. Das Land Brandenburg hat in den vergangenen Jahren Maßstäbe im barrierefreien Tourismus gesetzt, wegweisende Modellprojekte gefördert und diese bundesweit bekannt gemacht.

Demografische Veränderungen in der Gesellschaft und das steigende Bewusstsein für die Notwendigkeit der Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben machen barrierefreies Reisen immer mehr zu einem Qualitätsmerkmal für touristische Angebote und zu einem Wettbewerbsfaktor für die Urlaubsdestinationen. Barrierefreier Tourismus ist vor allem in ländlichen Regionen ein Motor für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung. Bis zum Jahr 2020 könnte die Zahl der Reisen von älteren und behinderten Menschen sowie Familien mit Kindern innerhalb der Europäischen Union auf ca. 860 Millionen Reisen pro Jahr ansteigen. Ziel muss es deshalb sein, Brandenburg als attraktives Reiseziel für Menschen mit Mobilitäts- oder Aktivitätseinschränkungen weiter voranzubringen und die ökonomischen Potenziale eines barrierefreien Tourismus für Alle konsequent zu nutzen.

Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel

1. die Vorreiterrolle in der flächendeckenden Entwicklung des barrierefreien Tourismus auszubauen. Dazu soll in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Unternehmens- und Tourismusverbänden der Leitfaden für barrierefreien Tourismus in Brandenburg aktualisiert und fortgeschrieben werden. Dieser soll konkrete Umsetzungsschritte für die Entwicklung barrierefreier Angebote in den Kommunen im Land festlegen;

2. darauf hinzuwirken, dass Wirtschaft und öffentlicher Personenfern- und Nahverkehr sich noch stärker an allen Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit beteiligen;
3. die Vernetzung der Akteure im Bereich des barrierefreien Tourismus in Brandenburg weiter zu intensivieren und dabei die Vorteile und Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Dabei soll über Umsetzungsmöglichkeiten des barrierefreien Webdesigns aufgeklärt und bei der Digitalisierung von Informationen künftig auf eine barrierefreie Gestaltung geachtet werden;
4. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die langjährigen Erfahrungen des Landes Brandenburg beim Ausbau des barrierefreien Tourismus in das bundesweite Nachfolgeprojekt zur Einführung des Kennzeichnungssystems ‚Reisen für Alle‘ im Sinne eines Tourismus für Alle einfließen.“

Britta Stark  
Die Präsidentin

## **Beschluss des Landtages Brandenburg**

### **Drittes Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 51. Sitzung am 15. November 2017 zum TOP 6 folgenden Beschluss gefasst:

#### **„Begleitende Maßnahmen zur Novellierung des Brandenburgischen Wassergesetzes**

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. Gewässerunterhaltungsverbände bei der Einführung der nach Nutzungsarten differenzierten Beitragsumlage für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung besonders zu unterstützen. Dies betrifft insbesondere die Bereitstellung der erforderlichen Datengrundlagen und Beratungen bei der Formulierung und Begründung notwendiger Satzungsänderungen. Die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung differenzierter Beiträge sollen zeitnah geschaffen werden;
2. darzulegen, welche Kostenumverteilungen zwischen Bund, Land, Landkreisen und Gemeinden es infolge der durch die Rechtsprechung bedingten Übernahme der Reinigung innerörtlicher Straßenentwässerungsanlagen durch die Gemeinden gegeben hat. Es soll - auch unter Berücksichtigung entsprechender Regelungen beispielsweise in Sachsen und Sachsen-Anhalt - geprüft werden, welche Rechtsfolgen und Kostenfolgen eine Übertragung der innerörtlichen Niederschlagswasserbeseitigungspflicht auf den Straßenbaulastträger hätte oder ob auf anderem Weg, etwa durch Ermöglichung einer Kostenumlage, eine finanzielle Entlastung von Gemeinden erreicht werden könnte;
3. in Kooperation mit dem Berufsstand ein Programm zur freiwilligen Anlage extensiv bewirtschafteter Gewässerrandstreifen zu initiieren;
4. sicherzustellen, dass bei der gezielten Flutung von Polderflächen zur akuten Hochwasserabwehr eine verbindliche Regelung zur Entschädigung betroffener Eigentümer und Nutzer getroffen wird. Dies gilt sowohl für neue Projekte im Rahmen des Nationalen Hochwasserschutzprogramms als auch für bereits vorhandene Polderflächen, soweit nicht bereits Entschädigungsregelungen bestehen.

Dem Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft ist bis Ende 2018 Bericht zu erstatten.“

Britta Stark  
Die Präsidentin